

50X1-HUM

Page Denied



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672488 · 672638

Inhaltsverzeichnis

vom 16. Mai 1949

An alle Frauenerorganisationen in westdeutschland !
Frauen und Mütter unserer westdeutschen Heimat !

Nachrichten:

Millionenraches Bekenntnis zur Nationalen Front
 1. Tag der Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress
 60% Wahlbeteiligung in Berlin
 Auch westoerlin an den wahlen beteiligt
 In 200 Gemeinden Brandenburge die wahlen abgeschlossen
 Stärkste wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt
 Jugend formt das wahlbild in Thüringen
 westdeutschland in der Nationalen Front
 Wir wollen kein ewiges Besatzungsstatut
 Interview mit Hans Jendretzky
 Wettbewerb der Stahlformgießereien
 Jungaktivisten eröffnen Eisenbahnstrecke Pritzwalk-Meyenburg
 Entlassungen beim Eisenwerk Kaiserslautern
 Protest gegen "Notopfer Berlin"
 Genosse Anton Schwarzbach 70 Jahre
 Adolf Hennecke: Abschied von der Sowjetunion

Pressestimmen:

Katastrophe im westen nur durch Einheit abzuwenden
 Billigere Ostzonenproduktion überlegen

Kommentare:

Das "Ja" zu Deutschlands Zukunft
 Nationale Front stärker als die Störenfriede
 Parlamentswahlen in Ungarn, Volksrätewahlen in Bulgarien

Artikeldienst:

Wann werden wir wieder mehr und besser essen ?

Stimmen des Auslandes:

Marie-Claude Vaillant-Couturier in New York
 Krisenzeichen in USA
 Robeson auf der Mai-Kundgebung in Stockholm
 Die Malreier in Helsinki
 was die norwegischen Sozialdemokraten verbieten
 Wahl der Volksräte in Bulgarien
 Die Presse der Sowjetunion

Zur information:

Zu den Parlamentswahlen in Ungarn

Pressdienst
(PD)

16. Mai 1949

**An alle Frauenorganisationen in Westdeutschland!
Frauen und Mütter unserer westdeutschen Heimat !**
=====

(PD)

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands wendet sich mit folgendem Schreiben an alle Frauenorganisationen Westdeutschlands:

In diesen Tagen wurden auf Beschluss der vier Grossmächte die Verkehrsbeschränkungen zwischen den Zonen aufgehoben. Ihr werdet verstehen, dass wir uns nun sofort an Euch wenden. Lasst uns gemeinsam dem Willen aller deutschen Frauen Ausdruck geben, die nationale Einheit unseres Vaterlandes ^{zu} schaffen.

Am 23. Mai beginnen in Paris auf der Tagung des Aussenministerrates die Verhandlungen über die Deutschlandfrage. Es ist höchste Zeit, dass auch wir Deutsche aus Ost und West, aus Süd und Nord uns nun zusammenfinden und mit Nachdruck unsere Forderungen für ganz Deutschland dem Aussenministerrat zu Gehör bringen.

Wir Frauen haben wiederholt mit Erfolg den Weg der Verständigung beschritten. Auf der Tagung deutscher Frauen aller Zonen hatten wir uns anlässlich der Londoner Konferenz der Aussenminister im Dezember 1947 in Berlin im Namen aller deutschen Frauen an die Vertreter der alliierten Mächte gewendet. Schon damals forderten wir einen Friedensvertrag für Deutschland, der einen neuen Abschnitt verständnisvollen Zusammenlebens der Völker einleitet.

Zu unserem grossen Bedauern sind die vier Aussenminister damals nicht zu einem Beschluss über Deutschlands Einheit und Deutschlands Frieden gekommen. Wir haben uns jedoch in unserem Kampf um Verständigung nicht entmutigen lassen.

Erneut ist der Demokratische Frauenbund Deutschlands, gestützt auf mehr als 5 1/4 Million ^{en} Unterschriften, für das Verbot der Atomwaffe an die vier Staatsoberhäupter der UdSSR, USA, Grossbritanniens und Frankreichs herangetreten. In eindringlichen

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949

An alle Frauenorganisationen... - 2 -

Worten bäten wir die vier Staatsoberhäupter zu veranlassen, dass der Aussenministerrat zusammentreten möge, um endlich Deutschland den Frieden zu geben. Dieser Appell der deutschen Frauen ist nicht ungehört geblieben. Wir freuen uns, dass der Aussenministerrat auf Veranlassung der vier Staatsoberhäupter zusammentritt. Erhebt mit uns gemeinsam die Forderungen:

"Geben Sie dem deutschen Volk einen Friedensvertrag!
Geben Sie dem deutschen Volk die Möglichkeit, eine
gesamtdeutsche Regierung zu bilden!
Gewährleisten Sie den Aufbau einer deutschen Friedens-
wirtschaft in einem einheitlichen Deutschland!
Befrieden Sie endlich die Welt!
Es geht um den menschlichen Fortschritt, den Frieden
und die Humanität!"

Frauen und Mütter unserer westdeutschen Heimat! Lasst uns ein leuch-
tendes Beispiel der Verständigung und des Zusammenhalts geben.
Unterstützt den Vorschlag eines gesamtdeutschen Treffens. Es geht
um die nationale Zukunft Deutschlands, es geht um das Wohl unseres
Volkes. Es geht um die Zukunft unserer Kinder!

Für diese grossen Ziele wollen wir uns die Hände reichen und ge-
meinsam arbeiten!

Demokratischer Frauenbund Deutschlands

Dr. Annemarie Durand-Wever.
Elli Schmidt
Wilhelmine Schirmer-Pröscher
Käte Kern
Erna Schäfer
Dr. Marga Jagunz
Helene Beer
Maria Rentmeister
Luise Dornemann

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949

Nachrichten
=====

Millionenfaches Bekenntnis zur Nationalen Front

1. Tag der Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress
Berlin, 16.5. (Eig.Ber.)

In den Wahllokalen der Städte und Dörfer der Ostzone und des Ostsektors von Berlin wurden am ersten Abstimmungstag die Wahlen der Delegierten zum 3. Deutschen Volkskongress pünktlich um 20 Uhr abgeschlossen. In Westberlin und Westdeutschland vollzogen nationalgesinnte Männer, Frauen und Jugendliche in Kundgebungen und Versammlungen die für den Frieden und die Einheit Deutschlands wichtigen Delegiertenwahlen oder gaben demonstrativ ihr Einverständnis zur Mitarbeit in der sich über Zonen- und Sektorenschranken bildenden Nationalen Front des deutschen Volkes für Einheit und gerechten Frieden.

Die Wahlbeteiligung war in den Nachmittagsstunden allgemein höher als am Vormittag. In einzelnen Orten machten alle Stimmberechtigten von ihrem Wahlrecht bereits am ersten Tage Gebrauch.

60 % Wahlbeteiligung in Berlin

Der Berliner Stadt-Wahlausschuss meldete nach noch unvollständigen Ergebnissen, dass von 565.959 Wahlberechtigten bereits am ersten Wahltag 329.995 ihr Wahlrecht ausübten. So verzeichnete der Stimmbezirk 103 im Prenzlauer Berg um 20 Uhr eine mehr als 70 %ige Wahlbeteiligung. Selbst Körperbehinderte liessen es sich nicht nehmen, den Gang zur Wahlurne anzutreten und ihr "Ja" für Einheit und Frieden abzugeben. Unermüdet waren Wahlhelfer an der Arbeit, um Bitten von Kranken und Gebrechlichen zu erfüllen, die zum Wahllokal gebracht zu werden wünschten.

"Dein Ja dem Frieden" forderten Inschriften auf Plakaten vor den Wahllokalen die Wähler zur Stimmabgabe auf.

Sprachhörer mahnten alle Wahlberechtigten, sich durch / die Wahl einzureihen in die weltumspannende Friedensfront.

Auch Westberlin an den Wahlen beteiligt

"Der Versuch, der Bewegung für Einheit und gerechten Frieden zu schaden und sie zu diffamieren, ist fehlgeschlagen. Je stärker der Hass ist, desto grösser wird unsere Kraft", sagte Prof. Brugsch in seiner Eröffnungsansprache auf der grossen Delegiertenkonferenz des Wahlbezirks IV (Westsektoren).

422 West-Berliner Delegierte, darunter Vertreter der Grossbetriebe, demokratischen Parteien und Organisationen, gingen zur Wahlurne und entsandten 60 Vertreter aus ihrer Mitte in den Deutschen Volkskongress. Die Auszählung erbrachte 411 Ja-Stimmen, 8 Enthaltungen und 3 Nein-Stimmen.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

16. Mai 1949

- 2 -

Trotz aller Schwierigkeiten, die die westlichen Besatzungsmächte machten, um die Abstimmungen zum Dritten Volkskongress zu behindern, hatten sich die Delegierten der Westbezirke im Grossen Festsaal der DWK in der Wilhelmstrasse eingefunden, um ihren Willen zur Einheit Deutschlands und Berlins, zur Freiheit und einem gerechten Frieden zu bekunden.

Ernst Hoffmann, der zweite Vorsitzende des Landesverbandes Gross-Berlin der Sozialistischen Einheitspartei, wies darauf hin, dass die Erfüllung der Wirtschaftspläne des Ostsektors und der Ostzone überzeugend beweise, dass die Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft auch ohne fremde Hilfe möglich sei. Auch vom Recht der Selbstbestimmung könne man in diesem Teile Deutschlands ungehindert Gebrauch machen, während die westlichen Besatzungsmächte die Volksbewegung für ein einheitliches Deutschland und einen gerechten Frieden unterdrückten.

In der Diskussion kam auch ein französischer Vertreter der Organisation der Kämpfer für Frieden und Freiheit, André Simons, zu Wort. Er sagte, dass das französische Volk das deutsche nicht danach einschätze, was die deutschen Generäle und Kriegshetzer sagen. Er forderte darum mit vollem Recht, dass das deutsche Volk das französische nicht nach dem beurteilen sollte, was französische Generäle und Kriegstreiber zur Verschärfung der Lage beitragen. Die Völker dürfen nicht mit ihren Kriegstreibern verwechselt werden. Diese Konferenz, erklärte Simons, sei ein Beitrag zum Frieden von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Freundschaft des französischen und des deutschen Volkes untereinander sei eine Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens.

Bevor die Delegierten zur Wahl schritten, wurde eine einstimmige Entschliessung angenommen; die fordert, dass die Vertreter des deutschen Volkes über Sektoren- und Zonenschranken hinweg zusammenkommen und auf der Aussenministerkonferenz eine Delegation des demokratischen Deutschlands Gehör findet.

In 200 Gemeinden Brandenburgs die Wahlen abgeschlossen

Unter den insgesamt 200 Gemeinden des Landes Brandenburg, die am ersten Tage schon vollständige Wahlbeteiligung melden konnten, verdienen vor allem die Neubauern-Gemeinden Wernitz und Neudorf hervorgehoben zu werden sowie die Gemeinden Bugenbrück, Schönfeld und Neuhütte, in denen bereits um 11 Uhr vormittags alle Wähler an den Wahlurnen abgestimmt hatten. Geschlossen zogen die in Berghede ansässigen 120 Umsiedler mit Fahnen und Spruchbändern zum Wahllokal, um vereint für nationale Einheit und Frieden abzustimmen.

Der 19-jährige Jungarbeiter aus Rathenow stimmte mit "Ja" für den Frieden, "weil - wie er sagte - zwei meiner Brüder auf dem Schlachtfeld gefallen sind und ich nicht will, dass sich das wiederholt".

- 3 -

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949
Nachrichten - 3 -

Um 7.15 Uhr stand im Stimmbezirk 15 der Stadt Rathenow der 80-jährige August Reimann vor dem Wahllokal. Auf die Frage, warum er so zeitig da sei, antwortete er: "Heute ist doch der wichtigste Tag. Das deutsche Volk will den Frieden und die Einheit und ich will bei den Ersten sein, die dafür ihre Stimmen abgeben."

Ein Eisenbahnarbeiter legte 25 km Fussweg zurück, um sein Wahllokal zu erreichen und sein Friedensbekenntnis abzugeben. Insgesamt meldet das Land Brandenburg eine Wahlbeteiligung von 75,7 % am ersten Tage. Von 1.735 009 erwachsenen Wählern stimmten 1.302 524 ab und von 100 535 Jugendlichen gingen 70 475 am ersten Tage zur Wahl.

Stärkste Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt

Durchschnittlich 70-75 % Wahlbeteiligung wird aus dem Land Sachsen-Anhalt berichtet. In 40 Gemeinden beteiligten sich die Wähler bereits am ersten Wahltag am Wahlakt. Die Kreise Zeitz mit 96,2 %, Merseburg 95,8 %, Bernburg 94,7 % und Sangerhausen mit 92,1 % abgegebener Stimmen aller Wahlberechtigten liegen an der Spitze des ersten Wahltages.

Im Mansfelder Seekreis stimmten 75,1 %, im Stadtkreis Zerbst 70,7 % der Wähler des ersten Wahltages mit "Ja" für Einheit und Frieden. Die Gemeinden Aderstedt und Serbitz melden 88,3 % und 87,5 % abgegebene Ja-Stimmen.

Unter den abgegebenen Ja-Stimmen übertreffen die der Jugendlichen prozentual die der erwachsenen Wähler beträchtlich, wie vorläufige Zwischenergebnisse vom ersten Wahltag erkennen lassen.

Jugend formt das Wahlbild in Thüringen

Mit Demonstrationen, Kundgebungen und Sprechhören forderte in den frühen Morgenstunden der ersten Wahltages die Jugend in Thüringen alle Stimmberechtigten zur Wahlbeteiligung auf. Die Wähler der Landgemeinden überflügelten in der Stimmabgabe allgemein die der Städte. In 30 Gemeinden des Kreises Jena, 20 Gemeinden des Kreises Gera, im Saalkreis und anderen Wahlbezirken machten bereits am Vormittag alle Wähler von ihrem demokratischen Recht Gebrauch. Selbst aus den Städten Sonneberg mit 99 %, Meiningen mit 74 % und zahlreichen anderen Orten verzeichnet das Land Thüringen schon am ersten Tage überaus hohe Wahlbeteiligung. Das ist nicht zuletzt auf die mit den Wahl-Wettbewerben entwickelte Aktivität der Kämpfer für Einheit und gerechten Frieden zurückzuführen.

Westdeutschland in der Nationalen Front

In Nürnberg protestierte die Bevölkerung auf einer Kundgebung gegen die Bildung des westdeutschen Separatstaates und forderte die sofortige Auflösung des Bayerischen Landtags.

Pressedienst
(FD)

Nachrichten 16. Mai 1949
- 4 -

Oskar Neumann vom bayerischen Landesvorstand der KPD unterstrich in einer Ansprache die Notwendigkeit, eine gesamtdeutsche nationale Friedensfront zu schaffen, um den gegenwärtigen Notstand in Deutschland zu überwinden. Wir erheben unsere Stimme, so sagte Neumann, gegen die Verräter des deutschen Volkes. Das deutsche Volk habe sich klar und eindeutig für die Wiederherstellung seiner nationalen Einheit ausgesprochen.

In einer einstimmig angenommenen Entschliessung forderten die Kundgebungsteilnehmer die westdeutschen Parteien und Organisationen auf, in gemeinsamen Besprechungen mit dem Deutschen Volksrat die Grundlagen für den Abschluss eines Friedensvertrages und die Bildung einer deutschen Zentralregierung auszuarbeiten.

3 000 Einwohner Lübecks demonstrierten am Sonntag vormittag an der britisch-sowjetischen Zonengrenze bei Schlutup für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden. Ein Sprecher der Lübecker erklärte, dass sie in dem Gränzort ihre Stimme für die Wahl der Delegierten zum Dritten Deutschen Volkskongress abgeben wollten. Da dazu keine Möglichkeit bestand, brachten die Lübecker Werktätigen in einer Kundgebung ihren Einheitswillen zum Ausdruck.

Vertreter von 21 demokratischen Organisationen der Westzonen, darunter der Deutschen Friedensgesellschaft, der Frauenliga, der FVN, der FDJ und des Bundes der Kriegsgegner begrüßten am Sonnabend auf einer Tagung in Hamburg die Einladung des Deutschen Volksrats an die westdeutschen Parteien und Organisationen, angesichts der bevorstehenden Pariser Aussenministerkonferenz eine gesamtdeutsche Besprechung durchzuführen. Die Konferenzteilnehmer erklärten sich bereit, an der vom Deutschen Volksrat vorgeschlagenen Besprechung teilzunehmen.

Wir wollen kein ewiges Besatzungsstatut

Interview mit Hans Jendretzky

Berlin, 16.5. (VD)

In einem Interview, das der Vorsitzende der SED Gross-Berlin, Hans Jendretzky, einem ADN-Vertreter gab, nahm er zum Berliner Besatzungsstatut der Westkommandanten Stellung.

Frage: Was sagen Sie, Herr Jendretzky, zu dem a, 14. Mai von den drei westlichen Kommandanten herausgegebenen Besatzungsstatut?

Antwort: Dieses Besatzungsstatut vom 14. Mai, das der Bevölkerung Berlins unter der falschen Firma "Aliiierte Kommandandur" aufgezwungen werden soll, um gegen ihren Wunsch die Besatzung zu verewigen, bestätigt eine Meldung der amerikanischen "Neuer Zeitung" vom 10. Mai, nach der die "aggressivsten" verständigungsfeindlichsten Finanzkreise in USA

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949
Nachrichten - 5 -

eine "Besatzungspolitik auf lange Sicht" gegen das deutsche Volk betreiben. Allen friedliebenden Menschen, die eine Normalisierung des Lebens in Berlin erstreben, ist es klar, dass das Schicksal und die Zukunft unserer Vaterstadt und unseres Vaterlandes nur durch einen baldigen Friedensvertrag gesichert werden können, der Berlin zur Hauptstadt einer einigen deutschen Republik macht und den Abzug aller Besatzungstruppen aus Berlin und ganz Deutschland zur Folge hat. Was wir von der Verständigungskonferenz in Paris erwarten, ist ein solcher Friedensvertrag. Wir können also in dem Erlass des Besatzungsstatuts nur eine Massnahme erblicken, die weder der Verständigung und dem Frieden noch den unmittelbaren Lebensinteressen der Deutschen dient. Es ist ein offensichtlicher Versuch, die Pariser Konferenz vor vollendete Massnahmen der Spaltung zu stellen.

Dieses verderbliche Berliner Besatzungsstatut beweist der Berliner Bevölkerung noch einmal im letzten Augenblick die Bedeutung und die Notwendigkeit der Teilnahme und ihres "Ja" zur Abstimmung für die Verständigung, die Einheit Deutschlands und Berlins, den baldigen Friedensvertrag und den darauf folgenden Abzug der Besatzungstruppen. Auch der letzte Berliner, der noch nicht zur Abstimmung war, wird dadurch aufgefordert, am 2. Wahltag zu beweisen, dass er kein ewiges Besatzungsstatut unserer Vaterstadt will.

Frage: Was halten Sie, Herr Jendretzky, von dem Punkt 1 des Besatzungsstatuts, das noch am 14. Mai, also zwei Tage nach der Aufhebung der gegenseitigen Verkehrsbeschränkungen, von "Gegenblockade und Massnahmen" spricht, die "evtl. eingeführt werden"?

Antwort: Dieser Punkt 2 erhärtet meine Ausführungen über den schädlichen Charakter und den wahren Zweck des besagten Besatzungsstatuts. Es zeigt, dass die Urheber und Verfasser dieses Statuts in einem Augenblick, wo das deutsche Volk aufatmet, weil es eine endgültige Verständigung der Grossmächte zur Beseitigung der Sektoren- und Zonenschranken und der Herstellung der Einheit Deutschlands erwartet, an nichts anderes denken, als diese Verständigung und Normalisierung zu blockieren. Das ist die Fortsetzung der provokatorischen Politik, die die sogenannte Berliner Frage erneut als Mittel wünscht, die Verständigung zu verhindern. Es bleibt zu hoffen, dass die Vertreter der westlichen Alliierten in Paris im Interesse der Berliner und der deutschen Bevölkerung von der schädlichen Politik dieses Besatzungsstatuts und Strategen abrücken und im Geiste des entschlossenen Verständigungs- und Friedenswillens der Sowjetunion handeln werden.

Wettbewerb der Stahlformgiessereien

B e r l i n , 16.5. (FDGB)

In der zweiten Wettbewerbswoche der Stahlformgiessereien führt die Belegschaft des Stahlwerks Haller 11, Torgelow, mit 73,8 % der Monatsproduktion vor Stahlgiesserei Copitz 72,8 %, Ückermünde 65,4 %, Elektro-Stahlguss Leipzig-West 63 %, Leipziger Eisen- und Stahlwerke 53,6 % und Ketschendorf 46,6 %.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

16. Mai 1949
- 6 -

Jungaktivisten eröffnen Eisenbahnstrecke Pritzwalk - Meyenburg

Schwerin, 16.5. (E.B.)

Ein grosses Erlebnis für alle Teilnehmer bildete das Eintreffen des aus Wittenberge kommenden Einweihungszuges auf dem Bahnhof Pritzwalk. Mit ihm fuhren Delegationen jener Jugend-Aktivgruppen, die an der Wiederherstellung der fast 20 km langen Eisenbahnstrecke seit Ende August 1948 fieberhaft mitgearbeitet hatten und freudig empfangen wurden.

Im Lokomotivschuppen fand eine Eröffnungsveranstaltung statt, an der u.a. der Präsident der Reichsbahndirektion Schwerin, Bruno Schramm, ein Vertreter des Sekretariats des Deutschen Volksrats, Otto, Berlin, der Sekretär der IG Eisenbahn, Schmalfeld, teilnahmen.

Für die Jugend, die an diesem Bau gearbeitet hatte, waren die Bauarbeiten eine grosse Schule und viele Erfahrungen wurden gesammelt, betonte ein Vertreter der FDJ. Die besten Aktivisten sollen einmal den ganzen Betrieb leiten und lenken und es würden noch viele grosse Aufgaben folgen, um alle Hemmnisse für eine glückliche Zukunft aus dem Wege zu räumen. 50 der besten Aktivisten wurden prämiert.

Entlassungen beim Eisenwerk Kaiserslautern

Kaiserslautern, 16.5. (E.B.)

Wie wir erfahren, hat die Leitung der Eisenwerke Kaiserslautern im Einvernehmen mit dem sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden beim Arbeitsamt und die Genehmigung zur Entlassung von 175 Arbeitern und Angestellten und zur Kurzarbeit für die restliche Belegschaft nachgesucht. Das Arbeitsamt hat diesem Antrag stattgegeben.

Protest gegen "Notopfer Berlin"

Eisenberg, 16.5. (E.B.)

Die Belegschaft der Firma Fischer & Kircher, Eisenberg, protestierte in einer Belegschaftsversammlung aufs schärfste gegen die Verlängerung des Gesetzes zum "Notopfer Berlin". Einstimmig erklärte die Belegschaft, sich nicht länger mehr als Ausbeutungsobjekt für ausländische Monopolkapitalisten verwenden zu lassen. Es wurde eine Resolution verfasst, die dem Landtag zugeleitet wird, in der die Zurücknahme des Gesetzes verlangt und das unsoziale Verhalten der CDU-, SPD- und DP-Landtagsabgeordneten der Rheinpfalz gebrandmarkt wird.

Pressedienst

16. Mai 1949

(PD)

Genosse Anton Schwarzbach 70 Jahre

(PD)

Genosse Schwarzbach ist Umsiedler aus der Tschechoslowakei. Die deutschen Genossen als Emigranten in der Tschechoslowakei lernten den Genossen Schwarzbach als den Leiter der Roten Hilfe des Kreises Reichenberg kennen und schätzen, denen er seine besondere Fürsorge angedeihen liess.

Unerschrocken im Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse, unerbittlich als Funktionär der Kommunistischen Partei gegen die opportunistischen Abweichungen und für die ideologische Klarheit in der Partei und als konsequenter Verteidiger der Sowjetunion gegen ihre Verleumder und Feinde stand Genosse Schwarzbach immer in den vordersten Reihen.

Weder Verfolgung, Arbeitslosigkeit, Kerker und Konzentrationslager konnten den Genossen Schwarzbach von dem rechten Weg im Kampf für den Sozialismus abbringen.

Mehr als 50 Jahre seines Lebens widmete er dem Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Und noch ist Genosse Schwarzbach tätig und nimmt lebhaften Anteil an der Parteilarbeit in seinem Wohnbezirk.

In seltener Frische begeht Genosse Schwarzbach heute seinen 70. Geburtstag. Unsere besten Wünsche begleiten ihn.

Möge er uns und seiner Familie noch viele Jahre in körperlicher und geistiger Frische erhalten bleiben.

PresseDienst
(PD)

16. Mai 1949

Adolf Hennecke:

Abschied von der Sowjetunion

Drei Wochen Moskau, drei Wochen Sowjetunion - welche Fülle von Ereignissen und Anregungen dringen da auf einen ein! Sei es der Besuch des Kreml oder der Lenin-Bibliothek in Moskau, der Eremitage oder des Kulturpalastes in Leningrad - überall trifft man ein Volk, dessen sozialistischer Schaffenseifer keine Grenzen kennt. In den letzten Tagen weilte unsere Delegation in Tbilissi, einer Stadt tief im Süden der Sowjetunion. Was sich hier an Aufbauleistungen dem Beschauer bietet, ist einfach nicht zu beschreiben. Aber nicht nur die technischen Leistungen machen einen tiefen Eindruck: Ob es der Ausflug nach Guri, der Geburtsstadt Stalins oder ein Ausflug auf den Davidsberg ist, von dem aus abends die Stadt wie ein Märchen aus Tausend und einer Nacht anzusehen ist - nirgends findet man eine solche F r e u n d s c h a f t wie hier bei diesen einfachen M e n s c h e n. Ich fragte einen Bauarbeiter, was da gebaut werde und bekam zur Antwort: "Nun, ein Kindertheater!" Ich fragte weiter, ob man denn ein solches Theater brauche. "Wenn man Kinder gut und anständig erziehen will, braucht man ein solches Theater!" Die Kinder gut und anständig erziehen - das ist der Grund, warum man in der Sowjetunion baut.

Dieser Bauarbeiter war auch einmal in Deutschland. Auf meine weitere Frage, was die Deutschen - inmitten von Trümmern und Elend - beginnen sollen, kommt von diesem Bauarbeiter die einfache Antwort: "A r b e i t e n !" Kann es eine bessere Antwort geben? Die Worte dieses grusinischen Bauarbeiters sollten für manche Deutsche eine Lehre sein, wie man zu einem besseren und glücklicheren Leben kommt: Uns hilft kein Zaudern und Warten, uns hilft keine Gleichgültigkeit, sondern nur festes Zupacken und Arbeiten.

Ich sprach noch mit einem anderen Arbeiter. Auf meine Frage, was in unserer Welt notwendig sei, um die Wirtschaft und unsere Kinder zu erhalten, bekam ich zur Antwort: "Die Erhaltung des F r i e d e n s !" Welch klare und einfache Antwort! Glauben nicht noch manche Deutsche, mit einer Spekulation auf einen neuen Krieg die Lösung unserer großen Probleme zu erreichen? Die Sowjetmenschen wollen keinen Krieg. Sie haben alle Hände voll zu tun, kraftvoll und erfolgreich die Schäden aus dem vergangenen Krieg zu beseitigen.

Als wir auf den Davidsberg fahren, wurde unser Auto unterwegs von einem sowjetischen Offizier kontrolliert. Auf den kurzen Abschied unseres Fahrers, daß er sich bei uns um die deutsche Delegation handle, lächelte der Offizier und sagte in gutem Deutsch: "Auf Wiedersehen!" Wir wollen ihm gern diesen Gruß zurückgeben! Wir scheidet aus einem Lande, in dem die Fragen der Nationalitäten keine Probleme mehr sind. Wir scheidet mit dem Bewußtsein, daß alle Erfahrungen der Sowjetunion auch uns nützlich sind. Ich grüße noch einmal Alexej Stachanow und seine Nacheiferer, ich grüße alle sowjetischen Arbeiter und Bauern - mit den besten Wünschen für die Verwirklichung ihrer großen Ziele.

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949

Pressestimmen
=====

Katastrophe im Westen nur durch Einheit abzuwenden

Berlin (PD)

Die "Berliner Zeitung" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 15. Mai eindrucksvolles Tatsachenmaterial, das der Leiter der Pressestelle der DWK, Siegbert Kahn, in einem Vortrag über die Lage der westdeutschen Wirtschaft brachte. Ausgangspunkte für die Beurteilung der Situation im Westen sind, so berichtet die "Berliner Zeitung" aufgrund des Vortrags, die verfehlte Demontagepolitik, die eine Konkurrenzdemontage ist, die scheinbare Entflechtung der Konzerne und die Nichtentnazifizierung der Wirtschaft, wodurch die alten reaktionären Kräfte die westdeutsche Wirtschaftspolitik bestimmen. "Die Vereinigten Stahlwerke haben ihre seit 1940 rückständigen Dividenden jetzt an ihre Aktionäre ausgezahlt" - nach der Währungsreform! "Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß der größte deutsche Rüstungsbetrieb seine Kriegsgewinne aus dem Hitlerkrieg drei Jahre nach dem totalen Zusammenbruch des Nazisystems an die Schuldigen dieses Verbrechens auszahlt. Diese Herausforderung der deutschen Werktätigen geschieht unter den Augen der amerikanischen Militärregierung, wahrscheinlich sogar mit deren Unterstützung oder auf deren Betreiben, ... während der Lastenausgleich für die Millionen Ausgebombter und Umsiedler in Westdeutschland nicht zustandekommt."

Die "Berliner Zeitung" verzeichnet dann die Parallele zwischen der Preissteigerung für Konsumgüter in den USA einerseits und in Westdeutschland andererseits, wo sich die Lebensmittelpreise um 20 bis 30, die Textilien- und Schuhpreise um 50 bis 100 Prozent erhöhten. "Die Löhne blieben dagegen stationär und gingen sogar in vielen Fällen nach der Währungsreform noch herunter. Arbeitslosigkeit und Betriebsschließungen nehmen zu."

Über die Ausplünderung Westdeutschlands durch Reparationen und sogenannte Besatzungskosten berichtet die "Berliner Zeitung": "Während die Ostzone Reparationen von einer Milliarde D-Mark in diesem Jahr zahlt, machten die Besatzungskosten allein von Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr 1,5 Milliarden Westmark aus. Das bedeutet 46 % des gesamten Haushalts, während die Reparationssumme der Ostzone nur weniger als 10 % ihres Haushalts beträgt. Mit den sogenannten Besatzungskosten werden in Westdeutschland jedoch Dinge bezahlt, die nichts damit zu tun haben." Das Blatt erwähnt in diesem Zusammenhang Lieferungen von z.B. 460 000 Klubsesseln an die britische Militärregierung in Nordrhein-Westfalen, größere Möbellieferungen auch in anderen Teilen Westdeutschlands, Lieferungen von Hunderttausenden von Türen und Möbelschlössern, die in Wirklichkeit gar nicht für die Besatzungstruppen, sondern für Auslandslieferungen bestimmt sind, die ungenannten Vermittlern im Auftrag der amerikanischen Militärregierung und der JEIA Millionengewinne bringen. "Weder auf einem Außenhandelskonto noch auf einem Reparationskonto erscheinen diese Millionenwerte, die der notleidenden deutschen Wirtschaft verlorengehen."

Über die verfehlte westdeutsche Außenhandelspolitik berichtet die "Berliner Zeitung": "Nach wie vor besteht der westdeutsche Export zu 50 % aus Kohle, während zahlreiche westdeutsche Betriebe ihre

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949
Pressestimmen - 2 -

Produktion wegen Kohlenmangel einschränken müssen. Hinzu kommen noch erhebliche Mengen anderer Rohstoffe, vor allem Holz und Schrott, während Westdeutschland Walzwerkserzeugnisse zu importieren gezwungen ist. Das Außenhandelsdefizit Westdeutschlands wächst um rund eine Milliarde Dollar jährlich. Während 50 % der westdeutschen Importe aus den USA kommen, gehen nur 5 % der Exporte nach den USA. 1949 will England für über 100 Millionen Dollar Fertigwaren gegen Rohstoffe im Werte von 60 Millionen Dollar aus Deutschland liefern. Die "Berliner Zeitung" betont die Verschuldung Westdeutschlands in Höhe von 4 bis 5 Milliarden Dollar, die durch die vorgesehenen Investitionen von 300 Millionen Dollar noch vergrößert werden soll.

Das Blatt schreibt abschließend: "Die schweren strukturellen Fehler der westdeutschen Wirtschaftspolitik entspringen den Widersprüchen der deutschen und westalliierten Interessen, und nur eine gesamtdeutsche Lösung kann eine westdeutsche Katastrophe verhindern. Die Ostzone hat mit ihrer schuldenfreien Wirtschaft, die sich von dem Ballast der Konzerne und Kapitalverflechtungen befreit hat, einen wichtigen Beitrag zu einer gesamtdeutschen Wirtschaft geliefert."

Billigere Ostzonenproduktion überlegen

In einem Kommentar zur Wiederaufnahme des Warenverkehrs zwischen der Ost- und den Westzonen schrieb das "Flensburger Tageblatt" am 5. Mai u.a.:

"... Nun divergieren (unterscheiden sich) durch den Preisstop im Osten und die Preisfreigabe im Westen die Wertmaßstäbe erheblich; in gleichen Warengruppen können sich ziemliche Spannungen ergeben, besonders bei westverlagerten Betrieben, deren entsignete Ostbetriebe das gleiche Warensortiment produzieren ... Die Gefahr besteht in erster Linie für West-Berlin, für das im Verhältnis zur Ostzone die Produktionskosten überhöht und die nun abzutragende Blockadebelastung drückend sind ... Der bisherige Kurs von 4 : 1 ist unhaltbar, aber auch bei beringerem Kurs sind die Westwaren, jedenfalls für den Konsum, zu teuer, und die Ostwaren so billig, daß sie einem Dumping gleichkommen ... Am stärksten dürfte der Preisdruck bei Agrarprodukten und Holz sein, gefährlich (!) allerdings auch Versuche der Sowjetunion, bei einer guten Ernte eigene Getreide-Bestände in die Westzonen zu exportieren ...

So wichtig der Handel zwischen Ost und West ist, ... die hohen Westpreise werden das Geschäft hemmen. Und es ist eher zu erwarten, daß der Westen dem Käufermarkt im Osten preislich Konzessionen machen muß, bevor der Osten sich den Preisverhältnissen im Westen anpaßt, was einen Umbau der gesamten Währungs- und Lohnpolitik bedingen würde ... Es sollte nicht übersehen werden, daß der Absatz nach Osten schwieriger sein wird als der nach Westen; der Osten kann billig liefern, will aber nur nach dem östlichen Preisgefüge billige Waren abnehmen ..."

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949

K o m m e n t a r e
=====

Das "Ja" zu Deutschlands Zukunft

B e r l i n (PD)

Die vorliegenden Ergebnisse der Delegiertenwahlen zum III. Deutschen Volkskongress zeigen deutlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung erkannt hat, daß es nicht genügt, "innerlich" für die deutsche Einheit und den Frieden zu sein. Der Wille des deutschen Volkes, sich nicht willkürlich auseinanderreißen zu lassen, in Frieden seiner Aufbauarbeit nachgehen zu können, muss aktiv bekundet und besonders im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz der Außenminister nachdrücklich vor aller Welt zum Ausdruck gebracht werden. Die Abstimmung am 15. und 16. Mai hat das millionenfache Bekenntnis zu Deutschlands Einheit und zum Frieden gebracht, das zeigen schon die vorliegenden Teilergebnisse.

Als freie Menschen, nicht wie Untertanen und Stimmvieh, gingen die Einwohner der Ostzone und des Ostsektors von Berlin zur Wahl. Es war eine Kampfabstimmung, die unter dem Trommelfeuer von Lügen und Verleumdungen der Westpresse und der amerikanischen und britischen Rundfunksender vor sich ging. Die westlichen Meinungsfabriken zur Irreführung der Bevölkerung überschlugen sich in lächerlichsten Erfindungen, um deutsche Menschen zu veranlassen, zur Einheit ihres Vaterlandes und zum Frieden "Nein" zu sagen. Alle Register der weltberühmten amerikanischen Wahlmache, des Bluffs, des Übertölpelns, der Drohung, wurden von den westlichen Meinungsfabriken gezogen. Und das Resultat dieses Hexensabbaths? Diese demokratischen Delegiertenwahlen waren ein vernichtender Schlag gegen die Lügenhetze der Spalter und Kriegstreiber. Im krassen Gegensatz zu dem Wahlterror in den Westsektoren Berlins und in Bizonesien konnte bei den Wahlen zum Deutschen Volkskongress von einer Furcht der Wähler keine Rede sein. Das beweisen gerade die "Nein-Stimmen, die von den Opfern der Spaltungshetze in Verkenntung ihrer eigenen Lebensinteressen abgegeben wurden.

Die überwältigende Mehrheit der Wahlberechtigten hat verstanden, worum es ging und geht. Sie hat mit ihrem "Ja" nicht nur ein Bekenntnis zur Einheit und zum Frieden abgelegt. Die Wählermassen haben gleichzeitig auch bekundet, dass sie zu den demokratischen Erregungenschaften in der Ostzone stehen, die als Beispielgebend für ganz Deutschland betrachten, als Voraussetzung für den Aufbau einer unabhängigen, schuldlosen deutschen Friedenswirtschaft. Millionen deutsche Menschen haben mit ihrer Stimmabgabe gegen die Absicht der Kolonisierung ihres Vaterlandes durch anglo-amerikanische Imperialisten protestiert, gegen mehr- und Besatzungsstatut, gegen den kriegsdrohenden Atlantikpakt. Das "Ja" zu Deutschlands Einheit und zum Frieden bedeutet den Willen, sich nicht Versklavungsplänen a la Marshall zu unterwerfen, unbeirrt und fest zu bleiben gegenüber dem Störungseifer, das von den westlichen Meinungsfabriken vor der Außenministerkonferenz in Paris erfindet worden ist.

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949
Kommentare - 2 -

In diesem Sinne bedeuten die Wahlen zum Deutschen Volkskongress, die dem Deutschen Volkerrat eine breite demokratische Grundlage geben, einen mächtigen Auftakt zum Zusammenschluss der nationalen Front in ganz Deutschland. Ein sichtbarer großer Fortschritt ist erzielt worden gegenüber dem Volksbegehren im Frühjahr 1948, das schon damals seinen Eindruck auf die Londoner Außenministerkonferenz nicht verfehlte. Nun gilt es, die Stimme Deutschlands zu Gehör zu bringen, die nationale Front für Einheit und gerechten Frieden weiter zu stärken, über alle Zensuren, politischen, sozialen und weltanschaulichen Unterschiede hinweg die Deutschen zur Einigung unter sich zu bringen, zu gesamtdeutschen Beratungen über die Lebensfragen unseres Vaterlandes.

(W.E.)

Nationale front stärker als die Störenfriede

(PD)

Ein Blick in die weztlich lizenzierte Presse genügt, um sofort zu begreifen, dass die alten Spalter und Störenfriede innerhalb des deutschen Volkes eine Einigung der Nation wie das Feuer fürchten. Sie toben und schreien, weil sie verhindern wollen, dass das Volk seine Stimme erhebt und seine wahre Meinung zum Ausdruck bringt. Wahre Patrioten verstehen, dass Deutschland in den bevorstehenden internationalen Gesprächen nur dann zur Geltung kommen kann, wenn sich die Deutschen untereinander ohne ultimative Bedingungen und ohne Rücksicht auf Parteiprogramme und sonstige Differenzen zusammensetzen und ihren gemeinsamen Standpunkt in den Fragen der Einheit und eines baldigen Friedensvertrages formulieren. Sie begreifen, dass das deutsche Volk Objekt und Spielball der internationalen Politik bleibt, wenn es passiv und gespalten auf seiner einheitlichen Willensäußerung zu den Pariser Verhandlungen verzichtet.

Das deutsche Volk hat diese einfache Wahrheit begriffen. In den großen politischen Kundgebungen zum 1. Mai und nun bei den Wahlen der Kandidaten zum Dritten Volkskongress hat sich die grosse Mehrheit der Bevölkerung der Ostzone eindeutig zur Schaffung der großen nationalen Front bekannt. Über die Köpfe der vom Ausland abhängigen Politiker des Westens hinweg reichen sich die Vertreter der verschiedenen Bevölkerungsschichten, der Bauern, der Intelligenz, der demokratischen Massenorganisationen in Ost- und westdeutschland die Hand und erklären einmütig: "Wir wollen die Einheit, den baldigen Friedensvertrag, den Abzug der Besatzungstruppen; Wir wollen zur Festigung des Friedens beitragen."

Die internationalen Kriegshetzer vom Schlage Churchills und seiner deutschen Schüler fürchten eine solche Willensbildung des deutschen Volkes. Sie machen der Welt und dem deutschen Volk vor, dass nur eine restlose Kapitulation der Friedenssireunde und der Verzicht des deutschen Volkes auf seine nationalen Rechte internationale Vereinbarungen ermöglichen können. Sie fordern die Beschleunigung der Einbeziehung Westdeutschlands in den Atlantikpakt, die Aufrüstung und Militarisierung

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949
Kommentare - 3 -

Die Churchill und Neumann wissen natürlich, dass ihre Forderungen unreal sind und weder dem internationalen Kräfteverhältnis, noch dem Willen und den Wünschen des deutschen Volkes entsprechen. Aber darauf kommt es ihnen nicht an. Der eigentliche Sinn ihrer Störungsarbeit besteht darin, von der grossen Chance und Möglichkeit internationale Vereinbarungen über das Deutschlandproblem abzulenken und das deutsche Volk in Spaltung und Passivität zu erhalten. Das deutsche Volk soll jede Hoffnung und jeden Glauben an die Möglichkeit der Herstellung der Einheit und den Friedensvertrag aufgeben. Sie wollen auf diese Weise den Zusammenschluss, das aktive Auftreten und die einheitliche Willensbildung des Volkes zur Pariser Konferenz verhindern. Der 1. Mai und nun auch die Wahl der Kandidaten zum Dritten Volkskongress zeigen aber, dass auch ihre Störungsarbeit die Schaffung und die Verbreiterung der nationalen Front nicht mehr vereiteln kann. Die Vorbereitungen zum Dritten Volkskongress werden noch mehr beweisen, dass sich das deutsche Volk sein Recht, in seiner eigenen Sache als gleichberechtigte Stimme gehört zu werden, nicht nehmen lässt.

(R.K.)

Parlamentswahlen in Ungarn, Volksrätewahlen in Bulgarien

B e r l i n (PD)

Am gestrigen Sonntag hat sich nicht nur das deutsche Volk in der Wahl zum Deutschen Volkskongress entschieden, auch in den beiden volksdemokratischen Ländern Ungarn und Bulgarien fanden Wahlen statt. Die Endergebnisse der Wahlen sind noch nicht bekannt, aus den vorliegenden Teilergebnissen und den Meldungen über den Verlauf der Wahlen können aber bereits Schlüsse gezogen werden.

In Bulgarien fanden zum ersten Mal Wahlen zu den lokalen und bezirklichen Volksräten statt. Diese unteren Organe des demokratischen Staatsapparates, die bisher als provisorische Volksräte fungierten, spielen im wirtschaftlichen und politischen Leben der bulgarischen Volksdemokratie, in der Demokratisierung der Verwaltung und der Heranziehung der Volksmassen an das Staatsleben eine äusserst wichtige Rolle. Die in der Vaterländischen Front unter Führung der Kommunistischen Partei zusammengeschlossenen demokratischen Kräfte des Landes traten in den Wahlen zu den Volksräten mit einheitlichen Listen auf. Der Kampf mit der Reaktion spielte sich vor allem um die Aufstellung

- 4 -

PresseDienst
(PD)

16. Mai 1949
Kommentare - 4 -

dieser Listen ab, indem die Reaktion versucht hat, besonders auf dem Lande, ihre Kandidaten in diese Listen hineinzuschmuggeln. Der Wahltag gestaltete sich in Bulgarien zu einem wahren Volksfest, an dem sich die gesamte Bevölkerung beteiligte.

Die Beteiligung an den Parlamentswahlen in Ungarn war nach den bisher vorliegenden Meldungen eine sehr hohe. Man rechnet mit einer Wahlbeteiligung von weit über 90% der Wahlberechtigten. Nach den bisherigen Teilergebnissen errang die unter Führung der Partei der werktätigen stehende Volksfront der Unabhängigkeit einen überwältigenden Wahlsieg, vereinigte auf sich etwa 97% aller abgegebenen Stimmen. Die Zahl der gegen die Volksfront abgegebenen Stimmen beträgt etwa 2-3%.

Das Charakteristische für die gegenwärtigen Parlamentswahlen in Ungarn war, dass die demokratischen Parteien und Organisationen der Volksfront mit einem einheitlichen Programm und gemeinsamen Kandidatenlisten vor die Wählerschaft traten. Das Wahlergebnis zeigt, dass die Reste der Reaktion ihren Anhang in der Bevölkerung vollkommen verloren haben. Bei den letzten Parlamentswahlen am 31. August 1947 erhielten die 4 damals im demokratischen Block der Unabhängigkeitsfront vereinigten Parteien zusammen 60% aller abgegebenen Stimmen. Aus den Wahlen 1947 ging die kommunistische Partei mit rund 1,1 Million Stimmen von insgesamt rund 5 Millionen als die stärkste Partei des Landes hervor, sie konnte ihren Anteil an der Gesamtstimmenzahl gegenüber 1945 von 17 auf 21% steigern. Die Sozialdemokratische Partei, die damals noch als selbständige Partei auftrat, erhielt damals 732 000 Stimmen. Der demokratische Block der Unabhängigkeitsfront hatte in dem 1947 gewählten Parlament zusammen 271 Sitze, davon die kommunistische Partei 140, die Sozialdemokratische Partei 67. Insgesamt erhielt damals der demokratische Block der Unabhängigkeitsfront rund 3 Millionen Stimmen. Die Oppositionspartei der Reaktion hatte in dem 1947 gewählten Parlament noch 140 Sitze, davon die Katholische Volkspartei mindestens 60.

(G.Kr.)

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949

Artikeldienst
=====

Wann werden wir wieder mehr und besser essen?

von Adolf Sauheitl.

Die Antwort auf diese Frage lautet: Wir werden dann wieder mehr und besser essen, wenn Jeder das Seine dazu getan hat! Das geht also Jeden an. Und was der einzelne dazu beizutragen hat, ist nicht wenig.

Bedenken wir, daß seit 1938 - dem letzten Jahre, da wir uns (von der damals bereits eingeführten Fett-Rationierung abgesehen) "richtig" oder "normal" sattessen konnten, allerlei geschehen ist. In der Zwischenzeit hat nämlich der Hitlerfaschismus ganz Europa mit Krieg überzogen. Die Vorbereitungen dazu und die Folgen haben in der "Essensfrage" folgende Erscheinungen gezeitigt: Die Ernteerträge je Hektar sind bei Getreide aller Arten von 21,9 Doppelzentnern im Jahrfünft 1935-39 auf 13,8 dz im Jahre 1947 zurückgegangen (wobei auch die Dürre des Jahres 1947 berücksichtigt werden muß); bei Kartoffeln sind die Erträge in der gleichen Zeit von 179,6 auf 110,1 dz und bei Zuckerrüben von 309,1 auf 153,7 dz zurückgegangen. Zwar hat unsere Landwirtschaft besonders seit 1947 erhebliche Fortschritte in der Produktion gemacht, was z.B. darin zum Ausdruck kommt, daß die Hektarerträge für die gleichen Produkte im vergangenen Jahr 16,0 bzw. 154,2 bzw. 229,7 dz betragen. Das genügt aber, wie unsere Kartenrationen zeigen, noch lange nicht für eine befriedigende Antwort auf unsere Frage.

Um das Bild aber noch klarer zu machen, noch einige Zahlen. Wir hatten 1938 folgende Viehbestände: Schweine 5,7, Rinder 0,8, Schafe 1,77 und Ziegen 0,7 Millionen Stück; diese Bestände sind durch Krieg und Kriegsfolgen auf Schweine 2,2, Rinder 2,9, Pferde 0,7 und Schafe 0,7 Mill. Stück zusammengeschrumpft. Nur der Ziegenbestand hatte bis 1947 bereits mehr als eine Million Stück erreicht.

Dieses Zahlenbild zeigt also bereits die zwei großen Aufgaben, die vor unserer Landwirtschaft stehen. Es gilt einmal, die Hektarerträge zu steigern und zum anderen, unsere Viehbestände zu vermehren. In beiden Fällen kommt es also entscheidend darauf an, den friedensmäßigen Zustand wieder zu erreichen, und zwar so bald wie möglich. Diesem Ziel als der ersten Etappe des Neuaufbaues einer friedensmäßigen Wirtschaft dient der Volkswirtschaftsplan für 1949.

Im Rahmen dieses Planes steht vor unseren werktätigen Bauern (die mit ihren bäuerlichen Familienbetrieben in der Landwirtschaft der Ostzone vorherrschen) ebenso wie vor den Großbauern und den volkseigenen Gütern die Aufgabe, die Ergiebigkeit unserer Äcker um mindestens 10 % gegenüber 1948 zu steigern und zugleich die Anbaufläche um 67 000 Hektar zu erweitern. Diese Aufgabe erfordert von unseren Bauern, daß sie lernen, ihre Felder noch besser als bisher zu bearbeiten; daß sie in den nächsten Wochen der Pflege der Saaten allergrößte Aufmerksamkeit schenken; daß sie bei der Bergung der diesjährigen Ernte alle Kraft daran setzen, Ernteverluste so gut wie nur irgend möglich zu vermeiden, also z.B. eine wirklich sorgfältige Drescharbeit zu leisten. Aber darüber hinaus muß es Ehrenpflicht eines jeden Bauern - ob Neubauern, Alt-

+) 3,6 Pferde

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949
Artikeldienst - 2 -

bauern, ob Klein-, Mittel- oder Großbauern- sein, seiner diesjährigen Ablieferungspflicht in v o l l e m Umfange zu genügen. Zugleich müssen unsere Bauern darauf bedacht sein, die Futtermittelerzeugung zu steigern, um ihre Viehbestände auf den Stand bringen zu können, den der Plan vorsieht; 3 Mill. Schweine, 3,18 Mill. Rinder, 0,68 Mill. Pferde, 0,9 Mill. Schafe und 1,4 Mill. Ziegen wollen wir am Ende dieses Jahres in den Ställen unserer Bauern wissen! Dabei muß man wissen, daß die Vermehrung der Viehstapel einen höheren Anfall von Stallung bedeutet, der, auf die Acker gebracht, als Bodennahrung wiederum zu einer höheren Fruchtbarkeit der Felder führt.

Alles in allem bedeutet diese Aufgabenstellung für unsere Bauern, sich künftig noch mehr als bisher der bäuerlichen Wirtschaftsberatung zu bedienen, um alle Lücken in ihrem Fachwissen zu schließen. Damit sind wir zugleich bei dem Abschnitt unserer Betrachtungen angelangt, in dem gezeigt werden soll, daß uns unsere Bauern allein unsere Frage nicht beantworten können, oder besser gesagt, daß wir wieder mehr und besser essen werden, wenn J e d e r das S e i n e tut. Wer ist "Jeder" - was ist das "Seine"?

Beginnen wir wieder mit der ersten großen Aufgabe: Steigerung der Hektarerträge. Die Erfüllung dieser Aufgabe setzt neben der verbesserten Bodenbearbeitung eine noch bessere Versorgung des Ackers mit Düngemitteln voraus; vom natürlichen (Stall-)Dünger sprachen wir bereits. Aber neben diesem spielen die mineralischen Düngemittel (Stickstoff, Kali, Kalk, Phosphorsäure) eine ausschlaggebende Rolle, und hier sei den Arbeitern unserer chemischen Betriebe und der Düngemittelindustrie gesagt, daß von ihrer Aktivität **abhängt**, wann unsere Felder höhere Ernterträge bringen.

Zur Bodenbearbeitung, zur Drescharbeit und zu allen anderen Arbeiten unserer Bauern werden Landmaschinen und Geräte verschiedenster Art gebraucht. An der Lösung unserer landwirtschaftlichen Fragen sind also die Arbeiter und Angestellten auch dieses Industriezweiges beteiligt. Wie also erwartet werden muß, daß die Volkseigenen Betriebe ihren Auftrag auf Lieferung von 500 Traktoren in diesem Jahre fristgerecht erfüllen werden, so erfreulich ist es, daß die Landmaschinenindustrie (auch die nicht volkseigene) sich verpflichtet hat, in diesem Jahre zusätzlich weitere 300 Traktoren für unsere Landwirtschaft zu liefern.

In der kommenden Erntezeit gewinnt eine weitere Frage an Bedeutung, die der Städter vielleicht nicht als besonders wichtig zu erkennen vermag: die Frage, ob unseren Bauern genügend Bindgarben zur Verfügung gestellt werden kann. Auch hier bedarf es der Aktivität der Industrie, die mit größeren Lieferungen helfen kann, Ernteverluste bei der Einbringung des Getreides zu vermeiden - wenn die Getreidegarben gebunden werden können.

Aber nicht nur unserer Industrie sind im Rahmen des Landwirtschafplanes Aufgaben gestellt, deren Erfüllung die Antwort auf unsere Frage, wann wir wieder mehr und besser essen werden, entscheidend beeinflussen muß. Wir denken jetzt an die MAS, an die dort beschäftigten Traktorenfahrer, Schlosser, Dreher, an die Werkstattleiter, an die MAS-Agronomen. Es ist nämlich durchaus nicht einerlei, ob ein Traktorist zum Umpflügen von einem Hektar Land einige Stunden mehr oder weniger gebraucht. Davon hängt nicht nur die Rentabilität der MAS ab, sondern auch die rechtzeitige Frühjahrbestellung, ebenso wie die rechtzeitige

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949
Artikeldienst - 3 -

Einbringung der Ernte, wobei der Termin "rechtzeitig" nicht im Kalender abzulesen ist, sondern - leider - ein Termin ist, der weitgehend vom Wetter bestimmt wird und deshalb meist zeitlich eng begrenzt ist. Wenn die MAS dem Bauern im Herbst mit Unerschätzen zu Hilfe kommt, so kommt es hierbei wiederum darauf an, Qualitätsarbeit zu leisten, wenn die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen keine Minderung erfahren soll. Schließlich wird die Aktivität der Werkstättenarbeiter der MAS ausschlaggebend sein dafür, ob die MAS unseren werktätigen Bauern in jeder Phase ihrer Arbeit wirklich die Stütze und Hilfe sein wird, die die wirtschaftlich noch schwachen Bauern gerade jetzt erwarten müssen.

Ein wichtiger Faktor in der Landwirtschaft unserer Zone sind unsere volkseigenen Güter, gleichgültig, ob sie sich mit der Tierzucht, mit der Saatzucht oder Saatvermehrung, mit Ackerbau oder Obstbau befassen. Auf diesen volkseigenen Gütern arbeiten viele zehntausende Landarbeiter, die erkennen müssen, daß es darauf ankommt, unsere werktätigen Bauern mit bestem Tiermaterial zur Viehvermehrung, mit bestem Saatgut usw. zu versorgen. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß auch die Landarbeiter der volkseigenen Güter an eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität denken müssen, daß auch sie Aktivisten werden müssen. Ebenso müssen aber auch die auf den volkseigenen Gütern tätigen Wissenschaftler daran denken, daß sie mit ihrer Arbeit, mit den Ergebnissen ihrer Forschung unserer gesamten Landwirtschaft dienen müssen, womit sie dazu beitragen, daß wir bald wieder mehr und besser essen können.

Wir sehen also, daß unsere Frage nicht mit der Festsetzung eines Termins zu beantworten ist, sondern daß dieses "Wann?" entscheidend davon abhängt, ob und inwieweit wir alle in unserer Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1949 als Aktivisten handeln - trotz und gerade wegen des Gekläffs der Gegner der demokratischen Entwicklung! Wie aus der Aufgabenstellung zur Erfüllung des Landwirtschaftsplanes ersichtlich ist, daß hier ein Rädchen ins andere greift und alles aufeinander abgestimmt ist, so kommt es darauf an, zu erkennen, daß ein neues Arbeitsethos notwendig ist, um diese Aufgaben zu meistern. Wenn wir diese Aufgaben schnell und gründlich meistern, werden wir den Zweijahrplan vorfristig erfüllen und übererfüllen. Damit wird dann durch die Tat die Frage beantwortet sein, wann wir wieder mehr und besser zu essen haben werden!

Pressedienst
(FD)

16. Mai 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Marie-Claude Vaillant-Couturier in New York

(PD)

Die vor einigen Tagen aus Paris in New York eingetroffene Sekretärin der internationalen Frauenföderation, Marie-Claude Vaillant-Couturier sollte am 9. Mai in der Presseabteilung der UN eine offizielle Pressekonferenz abhalten. Lange vor Beginn der Pressekonferenz waren in der Presseabteilung über 300 Frauen, Vertreterinnen amerikanischer demokratischer Organisationen, versammelt. Der Leiter der Presseabteilung verbietet jedoch die Durchführung der Pressekonferenz in den Räumen der Presseabteilung.

In einer Unterredung mit Pressevertretern, die anschließend im Speisesaal für Journalisten stattfand, erklärte Frau Vaillant-Couturier, daß sie im Auftrage der Internationalen Demokratischen Frauenföderation zur Tagung der UN eingetroffen sei, um in der Kommission für menschenrechtliche grobe Verletzungen der Frauenrechte in einigen Ländern zu behandeln. Frau Vaillant-Couturier teilte mit, daß zehntausende Frauen in Argentinien, Indonesien, Indien und in vielen anderen Ländern für die Teilnahme an der demokratischen Bewegung und an der Bewegung der Frauen zur Verteidigung des Friedens harten Verfolgungen ausgesetzt sind. Frau Vaillant-Couturier zeigte einige Beispiele unmenschlicher Behandlung von Frauen. In Argentinien werden Frauen für ihre Teilnahme an der demokratischen Bewegung unmenschlichen Folterungen mit elektrischem Strom ausgesetzt, sogar schwangere Frauen werden diesen Folterungen unterworfen. In Indien gibt es Fälle, in denen Frauen für ihre Teilnahme an Demonstrationen zur Verteidigung des Friedens erschossen worden sind.

Auf die Frage, ob sie beabsichtige, in den USA aufzutreten, antwortete Frau Vaillant-Couturier, daß die amerikanische Regierung ihr Vorträge und Reisen in den USA verboten habe. Sie müsse die Vereinigten Staaten verlassen, sowie die Tagung der Vollversammlung der UN beendet ist.

(Aus der "Prawda" vom 11. Mai 1949)

E-n

Krisenzeichen in USA

(PD)

Selbst offizielle Persönlichkeiten mußten zugeben, daß das Niveau der Industrieproduktion in den USA im Monat April erneut gesunken ist. Vor einigen Tagen wies der Vorsitzende des Wirtschaftsrates beim Präsidentenhouse, der mit Truman die wirtschaftliche Lage des Landes erörtert hatte, in einer Erklärung für die Presse darauf hin, daß nach vorläufigen Angaben der Produktionsindex im April auf 179 gegenüber 195 im Dezember gesunken sei. Das bedeutet eine Produktionsenkung um mehr als 8% im Laufe der letzten 4 Monate.

Pressedienst
(PD)

16. mai 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Der Vizepräsident der "Bank of Manhattan" sprach in der Handelskammer über die Möglichkeit eines "harten Sturzes" für die Wirtschaft und behauptete, dass das "Gedeihen" des Finanzkapitals von den militärischen Vorbereitungen und Kriegsabenteuern abhängig sei. "Das Tempo der Produktionssenkung, die im Dezember begonnen hat, beschleunigt sich, - schreibt die Wochenzeitschrift "United States and World Report". - Der Aufschwung, der in den Frühlingsmonaten erwartet wurde, ist ausgeblieben. In der Perspektive eine noch grössere Senkung... Eine besondere Bedeutung hat die Tatsache, dass der Rückgang die Schwerindustrie stark beeinflusst."

Obwohl in den meisten Industriezweigen noch keine endgültigen Angaben über die Produktion für April vorliegen, beweisen die gegebenen Angaben, dass das Produktionsniveau in Stahlguss, Maschinenbau, Erdöl, Textil, Schuhwaren und anderen Industriezweigen im Laufe des Monats gesunken ist.

Die Zeitschrift "Iron Age" weist darauf hin, dass die Aufträge dieses Jahres in der Stahlgussindustrie nicht die Möglichkeit bieten, im Laufe der zweiten Jahreshälfte das gegenwärtige Niveau aufrecht zu erhalten. Täglich berichtet die Presse, dass verschiedene Industriebetriebe, besonders Betriebe für Haushaltsgebrauch die Produktion einschränken und Arbeiter entlassen.

Während das Zählungsbüro behauptet, dass die Arbeitslosigkeit zurückgeht, beweisen die Regierungsangaben, dass die Zahl der Arbeitslosen, die Arbeitslosenunterstützung beziehen, im Steigen begriffen ist. In der Woche, die am 23. April endete, war die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger um 30 000 höher als in der vorangegangenen Woche. Ausserdem haben 340 000 Arbeitslose Anträge auf Unterstützung eingereicht. Diese Zahlen widerspiegeln nur einen Teil der Gesamtzahl der Arbeitslosen, da viele Arbeitergruppen von dem Versicherungssystem nicht erfasst werden.

Ungeachtet der Produktionseinschränkung im ersten Quartal dieses Jahres und des Anwachsens der Arbeitslosigkeit waren die Profite der Großkonzerne höher, als die Profite des ersten Quartals vorigen Jahres.

In der Maiausgabe des Monats-Bulletins der "National City Bank" wird die Gesamtsumme der Profite von Industrie- und anderen Gesellschaften im ersten Quartal dieses Jahres mit 1016 Millionen Dollar beziffert, während sie in der entsprechenden Periode des vorigen Jahres 954 Millionen Dollar betragen.

(Aus der "Prawda" vom 9.5.49)

Robeson auf der Mai-Kundgebung in Stockholm

S t o c k h o l m (Eig.Ber.)

An der Spitze des Demonstrationszuges der Stockholmer Werktätigen marschierte der bekannte Negersänger Paul Robeson, der seine Anwesenheit auf dem Pariser Friedenskongress zu einem Besuch Schwedens benutzt

Pressdienst
(PD)

16. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

hat. An der von der kommunistischen Partei veranstalteten Kundgebung nahmen rund 40 000 Stockholmer Werktätige teil. Robeson trat auf der Kundgebung auch als Redner auf, brachte die Grüsse der fortschrittlichen Kräfte Amerikas, schilderte die wachsenden Kräfte des Friedens und erklärte im Namen des fortschrittlichen Amerikas: "Wir werden die Worte Joliot Curies auf dem Weltfriedenskongress Wahrheit werden lassen, wir werden den Frieden erzwingen." Unter unbeschreiblichem Jubel sang er Lieder seines Volkes, Kampflieder aller Nationen, auch deutsche Kampflieder und schloss seine Rede mit dem Ruf in englischer, spanischer, russischer und schwedischer Sprache: "Vorwärts für den Frieden"

Die Sozialdemokratische Partei hat eine einheitliche Maikundgebung verhindert und marschierte gesondert auf. Selbst nach Schätzungen der Polizei war die von den Kommunisten einberufene Kundgebung, an der zahlreiche Gewerkschaften teilgenommen haben, bedeutend stärker.

(H.M-r.)

Die Maifeier in Helsinki

H e l s i n k i (Eig.Ber.)

In der finnischen Hauptstadt Helsinki marschierten zum 1. Mai unter Führung der Volksdemokraten und der gewerkschaftlichen Organisationen rund 27 000 Werktätige auf. Die Kundgebung, in der der Vorsitzende der kommunistischen Partei Finnlands, Aaltonen, sprach, stand im Zeichen des Kampfes um den Frieden.

Die von den Regierungs-Sozialdemokraten veranstaltete Gegenkundgebung hatte etwa 4 000 Teilnehmer, trotzdem die Rede des Ministerpräsidenten Fagerholm als Zugnummer angekündigt war. Im Bewusstsein ihrer Schwäche haben die sozialdemokratischen Spalter auf einen Demonstrationzug verzichtet.

(Fr.E.)

Was die norwegischen Sozialdemokraten verbieten

O s l o (Eig.Ber.)

In Fredrikstad hat die kommunistische Partei beim Maikomitee, das von sozialdemokratischen Führern beherrscht war, die Mitführung von Transparenten beantragt, die folgende Losungen enthalten sollten: Gegen Atlantikpakt und Krieg, gegen Atombombe und Aufrüstung, Wohnungsbau statt Bunkerbau, Kleidung statt Uniformen, Lebensmittel statt Kanonen für Steuererleichterungen und höhere Löhne. Vom Maikomitee wurden alle diese Parolen abgelehnt.

(Rö.)

Wahl der Volksräte in Bulgarien

(PD)

Das bulgarische Volk wählt am 15. Mai zum ersten Male lokale Organe der Staatsmacht, die Gebiets-, Stadt- und Land-Volksräte.

Pressedienst
(FD)

16. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Im ganzen Lande fand eine breite Wahlkampagne statt. Die Listen der Kandidaten wurden in öffentlichen Versammlungen und in der Presse veröffentlicht und behandelt. Die Vaterländische Front tritt mit einer einheitlichen Liste auf. Um diese Kandidatenlisten gab es heftige Kämpfe. Die Kulaken und andere Feinde der volksmacht versuchten, entweder ihre Agenten auf die Listen zu bringen oder die Erörterung der Listen zu verhindern. Die kommunistische Partei mobilisierte die Werktätigen zum Widerstand gegen die Reaktion. Die Bauernpartei forderte ihre Mitglieder auf, die einheitlichen Listen zu unterstützen.

Die beste Agitation für die Kandidaten der Vaterländischen Front waren die Rechenschaftsberichte der provisorischen Volksräte, die bis zu den Wahlen tätig waren. In vielen Gebieten gab es z.B. bis zum Jahre 1944 keine Entbindungsheime, Kindergärten und Ambulatorien. Gegenwärtig sind sie nicht nur in den Städten, sondern auch in fast allen Dörfern geschaffen. Die Elektrifizierung des Landes ist weit fortgeschritten. Dank der Volksräte hat das kulturelle Leben der Bevölkerung bedeutende Fortschritte gemacht. Neue Schulen, Clubs, Lesesäle, Bibliotheken, Kurse zur Liquidierung des Analphabetentums wurden geschaffen.

Durch die Wahlen werden zehntausende Vertreter des Volkes in die Arbeit der Volksräte einbezogen.

(Aus der "Iswestija" vom 11. Mai)

E-11

Die Presse der Sowjetunion

Anlässlich des "Tages der sowjetischen Presse" brachte die Moskauer "Iswestija" Angaben über die Presse der UdSSR, denen wir folgendes entnehmen:

Im zaristischen Russland erschienen im Jahre 1913 859 Zeitungen mit einer Auflage von 2,7 Millionen Exemplaren. Gegenwärtig werden in der Sowjetunion 7 200 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von über 31 Millionen Exemplaren gedruckt. Vor der Sozialistischen Oktoberrevolution erschienen in Russland Zeitungen in 24 Sprachen, wovon 9 Sprachen ausländische waren. Gegenwärtig erscheinen in der Sowjetunion Zeitungen in 80 Sprachen der Völker der UdSSR, davon 20 in Sprachen von Völkern, die früher keine Schrift hatten. Zeitschriften erscheinen in mehr als 50 Sprachen.

In den USA beherrschte der größte Zeitungsmagnat Hearst in seinen Glanzjahren 26 Zeitungen, 13 Zeitschriften, 8 Rundfunkstationen, eine Gesellschaft zur Herstellung von Wochenschaufilmen und das größte Syndikat, das an Zeitungen und Zeitschriften Artikel und Karikaturen verkaufte. Fünf grosse Zeitungskonglomerate kontrollierten 45 Zeitungen mit einer 18 Millionen-Auflage.

Der Monopolcharakter der englischen Zeitungen ist ebenfalls bekannt. Der Konzern des Lords Rothermere "Associated News-Papers Limited" kontrolliert die drei grössten Zeitungen ("Daily Mail", "Evening News", "Sunday Dispatch") mit einer Gesamtauflage von 5 Millionen und einer Reihe Provinzausgaben.

- 5 -

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

Wessen Interessen die Presse der englischen Monopolisten zum Ausdruck bringt, charakterisierte ein englischer Staatsanwalt, Showcross, der erklärte, dass jede Zeitung auf der ersten Seite eine Erklärung abgeben müsste: "Diese Zeitung gehört dem Lord Soundso. Das Ziel seiner Zeitung besteht darin, wirtschaftliche Vorteile herauszuschlagen und die persönliche Meinung zum Ausdruck zu bringen, die der Lord von Zeit zu Zeit vertritt. Es gibt keine Garantie, dass die Tatsachen, die in der Zeitung veröffentlicht werden, der Wirklichkeit entsprechen. Sie können alles sein, nur nicht Wahrheit."

Diese niederschmetternde Charakterisierung ergänzte der englische Minister für Gesundheitswesen Bevan, der am 16. Mai 1948 erklärte, dass in England "die kapitalistische Presse die prostituierteste Presse der Welt ist, die zum grössten Teil von einer Bande von Millionären beherrscht wird".

Zur information
/=====

Zu den Parlamentswahlen in Ungarn

Am 1. Februar, am dritten Jahrestag der Proklamierung der Republik in Ungarn, löste sich die seit dem Krieg bestehende Nationale Unabhängigkeitsfront auf. An ihre Stelle trat eine neue Volksfront der Unabhängigkeit, in der sich der volksdemokratischen Entwicklung entsprechend alle wahrhaft demokratischen Kräfte des Landes zusammenschlossen. Im Gegensatz zu der alten Unabhängigkeitsfront, die eine Koalition von Parteien darstellte, bildete sich die neue Volksfront der Unabhängigkeit von vornherein mit der Absicht, auf Grund eines einheitlichen Programms die Kräfte der Demokratie zusammenzuschliessen und Konkurrenzkämpfe der Parteien untereinander abzustellen. Die feste Basis der neuen Volksfront ist das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, der fortschrittlichen Intelligenz und allen werktätigen Schichten unter Führung der Arbeiterklasse. Die führende Kraft der ungarischen Volksdemokratie, auch der neuen Volksfront, ist die Partei der ungarischen Werktätigen, die vorigen Sommer durch Zusammenschluss der kommunistischen Partei mit der von ihren opportunistischen Elementen gereinigten Sozialdemokratie zustandekommen ist. Der neuen Volksfront schlossen sich neben der Partei der Werktätigen die Bauernpartei, die der kleinen Landwirte, der Gewerkschaftsbund, der Verband der werktätigen Bauern und Landarbeiter, der Demokratische Frauenbund und der Jugendverband an.

Die neue Volksfront äusserte bald nach ihrer Gründung den Wunsch, durch Neuwahlen dem Volk Gelegenheit zu geben, seine Meinung zu der volksdemokratischen Entwicklung zu äussern. Dies war umso notwendiger, als die Zusammensetzung des im August 1947 gewählten Parlaments den Willen der Bevölkerung nicht mehr widerspiegelte. Die in der neuen Volksfront zusammengeschlossenen Parteien hatten zwar auch im aufgelösten Parlament eine feste parlamentarische Mehrheit, sie besaßen von insgesamt 364 Sitzen 271 Mandate, von denen allein auf die Partei der Werktätigen als stärkste Partei des Landes 147 entfielen. Seit her sind aber im wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes

Pressedienst
(PD)

16. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - - 6 -

große Veränderungen vor sich gegangen. Durch die Erfüllung des Dreijahrplanes hat die Lebenshaltung der Bevölkerung das vorkriegsniveau überschritten und sich die feste Basis einer weiteren gedeihlichen Entwicklung des Wirtschaftslebens gesichert. Unter dieser Voraussetzung konnte die Partei der Werktätigen die Grundzüge eines von den übrigen Parteien der Volksfront gebilligten Fünfjahrplanes verkünden, der Anfang nächsten Jahres in Kraft treten und insbesondere die Industrialisierung des Landes und die Hebung seiner Landwirtschaft bezweckt. Die Erfolge der Volksregierung waren zugleich ein Schlag gegen die Kräfte der Reaktion, die mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus die volksdemokratische Entwicklung aufzuhalten und die Unabhängigkeit des Landes an das amerikanische Kapital zu verschachern versuchten. Die Parteien dieser Reaktion, die an den Wahlen im August 1947 noch teilgenommen haben, verloren ihren Anhang und verschwanden aus dem politischen Leben Ungarns.

In dieser Situation beschlossen folgerichtig die in der Volksfront zusammengeschlossenen Parteien gemeinsam, mit einem gemeinsamen Wahlprogramm und gemeinsamen Kandidatenlisten vor die Wählerschaft zu treten.

Als Ziel der neuen Volksfront wurde die konsequente Entwicklung der ungarischen Republik zu einem Staat des arbeitenden Volkes, zur Volksrepublik im vollsten Sinne des Wortes, proklamiert. Genosse Rakosi, der Generalsekretär der Partei der Werktätigen, stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender der neuen Volksfront, hat in einer programmatischen Rede den Weg der ungarischen Volksdemokratie zum Sozialismus mit den Worten gekennzeichnet: "Die volksdemokratische Republik soll eine Entwicklung sicherstellen und fördern, in der das arbeitende Volk mit der Arbeiterklasse an der Spitze seine sozialistische Zukunft ohne Störung erbauen kann". Zu den Wahlen erklärte der Gen. Rakosi "die ungarischen Werktätigen werden sagen, ob sie unsere Politik billigen, die mutig gegen die Kriegshetzer auftritt, eine Politik, die den schöpferischen Frieden mit allen Kräften verteidigt".

Im Vordergrund der Wahlkampagne standen: die Ergebnisse des Dreijahrplanes, das Programm des künftigen Fünfjahrplanes, die Verteidigung des Friedens und der Unabhängigkeit des Landes gegen alle Angriffe der Imperialisten.

(G.Kr.)